

Dietmar Herz

**It's the emotion, stupid!****US-Wahlkampf als Vorbild?**

»This election had many firsts and many stories that will be told for generations«, so Barack Obama. Sein neuartiger Wahlkampf und die Geschichte des grandiosen Sieges hat auch hierzulande Begehrlichkeiten geweckt. Man könne vom US-Vorbild ebenso wieder lernen, wie dies Willy Brandt in Bezug auf John F. Kennedy in den 60er Jahren vorgemacht hat. Doch ist dieser Wunsch realitätsnah?

**Dietmar Herz**

(\* 1958) ist seit April 2000 Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Erfurt, Lehrstuhl Vergleichende Regierungslehre, und seit September Direktor der Erfurt School of Public Policy.

dietmar.herz@uni-erfurt.de



Zu Beginn der 60er Jahre war Präsident Kennedy das (unerreichte) Vorbild vieler Politiker in aller Welt. 1959/60 setzte er sich gegen innerparteiliche Konkurrenz durch und trat 1960 gegen Richard Nixon an. Er hatte einen ungewöhnlichen Wahlkampf geführt, und auch, das immer mehr Wähler erreichende neue Medium – das Fernsehen – genutzt. Zur Zeit des eigentlichen Wahlkampfes im Sommer und Herbst 1960 verfügten 88 % der amerikanischen Haushalte über ein Fernsehgerät. Dies ermöglichte einen »direkten« Zugang zu den meisten Haushalten. Das Fernsehen gestattete den Wählern auch, die direkte Konfrontation Kennedys mit seinem Kontrahenten Vizepräsident Richard Nixon zu beobachten und zu bewerten. In einer landesweit übertragenen Fernsehdebatte mit Nixon zeigte Kennedy seine Meisterschaft im Umgang mit dem neuen Medium. Mehr als alles andere trug das Fernsehen zur Personalisierung des Wahlkampfes bei.

Es waren aber nicht nur das (neue) Medium oder der Umgang mit Medien überhaupt. Auch die (zum Teil nur implizite) Themenwahl des Senators war neu –

und überraschte den Vizepräsidenten: Kennedy »argumentierte« mit seiner Jugend, der eleganten Ehefrau, seiner jungen Familie, seiner »aristokratischen« Herkunft aus einer der führenden und reichsten Familien der Ostküste. Seine Intellektualität – für seine biografischen Studien *Profiles in Courage* hatte er den Pulitzerpreis erhalten – unterschied ihn von seinem Kontrahenten. Und mehr noch: Er verband die aristokratische Abstammung mit der Herkunft seiner Familie. Seiner irischen Vorfahren und seines katholischen Glaubens wegen war die Kandidatur zugleich gegen die sogenannte WASP-Aristokratie (White Anglo-Saxon Protestants) der Ostküste gerichtet. Im Umgang mit seiner Zugehörigkeit zur Katholischen Kirche, die für viele Amerikaner in dem damals noch traditionell katholikenfeindlichen Land ein Problem war, bewies er Souveränität und Gleichmut (»I am not the Catholic candidate for President. I am the Democratic party's candidate for President, who happens also to be a Catholic.«). Der Historiker Robert Dallek kennzeichnete den Stil des Senators und späteren Präsidenten treffend als eine neue Verbindung: »poetry and power«. Die Parallelen zu Barack Obama sind nicht zu übersehen.

Kennedy gewann die Wahlen knapp und versprach als Präsident einen grundlegenden Wandel – die Fackel war einer neuen Generation übergeben worden, kündigte er in seiner Antrittsrede an. Er versprach ein Zeitalter der *compassion* – progressive

Politik hatte einen neuen Namen. Der Präsident versammelte die »Besten und Klügsten« um sich. Das Weiße Haus war ein neues Camelot, der Präsident ein junger König Arthur.

### Von Kennedy lernen

In Europa fragten sich jüngere Politiker – zumeist diejenigen, die der (oft sozialistischen oder sozialdemokratischen) Opposition angehörten – was sie von John F. Kennedy »lernen können«. Manch einer versuchte den Präsidenten zu imitieren. Hoffnungsträger wurden zum »deutschen Kennedy«, zum »Kennedy Großbritanniens« erklärt. Bald hatte fast jedes Land seinen »Kennedy«.

In der Bundesrepublik suchte der 50-jährige Willy Brandt aus dem Auftreten und der Rhetorik des Präsidenten zu lernen. Wie Anwärter auf das Amt des amerikanischen Präsidenten wollte Brandt zum »Kandidaten« werden: Am 24. August 1960 nominierte der SPD-Parteivorstand den Regierenden Bürgermeister Berlins zum Kanzlerkandidaten. Einen Monat später bestätigte ein Parteitag in Hannover die Nomination. Die Bundestagswahlkämpfe 1961 und 1965 lehnten sich deutlich an den Stil und die Person Kennedys an: Dieser verkörperte Modernität – eine Synthese aus seiner Persönlichkeit, vor allem seiner Jugend, seinem politischen Programm und dem Gefühl der Zeit, das von technologischer Begeisterung, Aufbruch und Rationalität gekennzeichnet war. Dies war auch in Deutschland eine gefragte Kombination von persönlichen Eigenschaften und politischen Ideen.

Die Voraussetzungen, um von Amerika zu lernen, schienen günstig zu sein. Der Wahlsieg Kennedys war als Zeichen eines weltweiten Generationenwechsels interpretiert worden (in München gewann 1960 der junge Hans-Jochen Vogel die Oberbürgermeisterwahl mit 54,3 % der Wähler-

stimmen – also auch in Deutschland war die Zeit für einen Wechsel zu einer jüngeren Generation gekommen). Die erste Phase der Nachkriegszeit – geprägt von Wiederaufbau und dem Wunsch nach materieller Sicherheit – wich einem Bedürfnis nach Modernisierung und Demokratisierung.

Der enge Mitarbeiter Brandts in Berlin, Klaus Schütz, hatte den Wahlkampf Kennedys in den USA beobachtet. Nun sollten die Lehren aus Amerika auf die deutsche Politik übertragen werden. Der Wahlkampf wurde auf die Person, nicht wie in den Jahren zuvor, auf die Partei ausgerichtet. Eine Planungsgruppe wurde eingerichtet, die aus Meinungsforschern, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Parteimitarbeitern zusammengesetzt war. Mit seiner »Deutschland-Fahrt« versuchte Brandt das

*canvassing* (also das direkte Zusammenreffen mit möglichst vielen Wählern) in Deutschland einzuführen. Brandt übernahm sowohl Formen und Inhalte Kennedys als auch Elemente der Methodik eines amerikanischen Wahlkampfes.

1961 erreichte Brandt mit dieser Strategie ein sehr gutes Ergebnis, er war im Wahlkampf der Star, den auch »bürgerliche« Medien als einen Politiker der Zukunft empfanden. Der Vergleich mit Kennedy funktionierte. Schnell änderte sich aber das Bild. Die Wahlen von 1965 brachten nicht den erwarteten Wahlsieg. Die SPD gewann Stimmen hinzu, allerdings ebenso die CDU/CSU. Zu einem Regierungswechsel kam es vorerst nicht. Brandt geriet in eine große persönlich-politische Krise.

Insgesamt lässt sich aber sagen, dass Brandts Wahlkampf aus dem amerikanischen Vorbild gelernt hatte und übertragbare Lehren nutzen konnte.

Lässt sich die Erfahrung von 1961 bis 1965 auf den Obama-Wahlkampf und die deutschen Verhältnisse anwenden?

Dies würde mehrerlei voraussetzen: Zunächst einmal der Vorbild- oder Avantgardecharakter des amerikanischen politischen Systems. Dieser war 1961 unbestritten, seither haben die USA diesen (positiv konnotierten) Avantgardecharakter aber weitgehend verloren: Die Ermordung Kennedys, die politischen Morde in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, die Eskalation des Vietnamkrieges unter Lyndon B. Johnson und Richard Nixon, der Watergate-Skandal, Nixons erzwungener Rücktritt und die Niederlage der USA im Vietnamkrieg veränderten das Bild der USA tiefgreifend. Die Jahre der Bush-Administration bildeten den Tiefpunkt. Den USA steht ein immer größer werdender Teil der europäischen (einschließlich der deutschen) Öffentlichkeit mit Skepsis gegenüber. Daran hat auch die Begeisterung über den Wahlsieg von Barack Obama grundsätzlich nichts geändert. Das zu erwartende Ende der Flitterwochen wird die alten

Deutungsmuster wieder in den Vordergrund treten lassen. Allzu offene Anlehnung an die USA würde von den Wählern zumindest beargwöhnt.

Wichtiger noch sind Veränderungen des politischen Systems der USA, insbesondere der Rolle und Bedeutung des Präsidenten und der Wahlkämpfe. Die politischen Systeme Europas und der USA entwickelten sich seit den 60er Jahren auseinander. Präsidentschaftswahlkämpfe in den USA haben sich seit Beginn der 60er Jahre tiefgreifend verändert. Diese Entwicklung ist durch drei Veränderungen gekennzeichnet: (1) Der innerparteiliche Entscheidungsprozess über die Präsidentschaftskandidatur wurde Teil des (von der gesamten Öffentlichkeit, nicht nur der jeweiligen Partei beobachteten) Präsidentschaftswahlkampfes. Ein beträchtlicher Teil des eigentlichen Wahlkampfes (vor allem die Definition der politischen Positionen des erfolgreichen Kandidaten) erfolgt in den Vorwahlkämpfen. (2) Der Wahlkampf dehnte sich dadurch über ein Jahr aus. (3) Die amerikanische Bevölkerung ist politisch und kulturell gespalten. Diese Spaltung ist weitgehend etabliert. Sie bestimmt den Präsidentschaftswahlkampf.

Im Falle der Wahlen von 2008 kamen eine Reihe von Besonderheiten hinzu: Zunächst eine wachsende Unbeliebtheit der Bush-Administration. Dass die Abwendung der Wähler von der Administration wirkmächtig ist und Wahlen beeinflussen kann, zeigten bereits die Kongresswahlen im November 2006. Es kam zu einer Wechselstimmung.

Darauf aufbauend stützte Barack Obama seinen Wahlkampf auf eine Rhetorik (»change«) des notwendigen Wechsels: zunächst gegen die amtierende (nicht mehr zur Wahl stehende) Regierung. Dann auch gegen seine innerparteiliche Konkurrentin Hillary Clinton, die Obamas Kampagne als Teil einer alten und überholten Politik porträtierte. Schließlich gegen Senator McCain, dem es nicht gelang, sich von

der alten Ideologie der Republikanischen Partei zu emanzipieren. Obama versprach einen Bruch mit der Politik der Bush-Administration. In fast allen Politikfeldern formulierte er klare Alternativen.

Wahlkämpfe in Deutschland fordern nicht den Bruch mit der Politik der Vorgängerregierung. Nach der Regierungszeit einer Großen Koalition ist das ohnehin nicht möglich, aber selbst Schröder wollte 1998 nicht alles anders, nur manches besser machen. Er betonte Kontinuität. Dieses Erfordernis ergibt sich aus dem politischen System Deutschlands, das durch seine zahlreichen Gewaltenschränkungen (Koalitionsregierungen, die deutsche Form des Föderalismus etc) auf Kompromisse angewiesen ist.

### **Bruch und Neubeginn**

Obama ging sogar noch einen Schritt weiter und versprach eine neue Art von Politik. Er sucht die Polarisierung der amerikanischen Politik zu überwinden. Dies machte seine Kandidatur in besonderer Weise attraktiv. In Deutschland gibt es keine vergleichbare Polarisierung, die beiden großen Parteien haben sich in ihrer Programmatik und Politik einander angenähert. Die Forderung nach einem Bruch mit der bisherigen Politik und gleichzeitig die Ankündigung einer Zusammenführung des amerikanischen Volkes hat in der Geschichte der USA eine lange Tradition. Schon Jefferson versprach einen tiefgehenden Wandel der amerikanischen Politik, sogar eine neue Revolution, um die Ideen von 1776 wieder zu beleben. Und obwohl Jefferson mit der Politik seines Vorgängers ostentativ brechen wollte, hob er die politischen Gemeinsamkeiten aller Amerikaner hervor. Die entstehende Spaltung der amerikanischen Politik in zwei Parteien – Federalists und demokratische Republikaner – wies er zurück: »Every difference of opinion is not a difference of principle. We have called dif-

ferent names brethren of the same principle. We are all Republicans, we are all Federalists.« Auch daran knüpft Obama an.

Barack Obama konnte diese Politik in seiner Person symbolisieren: seine Hautfarbe, seine Herkunft, sein bisheriger politischer Werdegang machten sein Programm glaubhaft. Gleichzeitig demonstrierte sein Stil (eine erstaunliche Abgeklärtheit, die Ausstrahlung von Ruhe und verhaltener Leidenschaft, sein Sinn für Geschichte, auch für die historische Bedeutung seiner Kandidatur, große rhetorische Begabung, Intelligenz), dass er die Politik »beherrscht«. Im Bereich der symbolischen Politik ist Obama tatsächlich der Kennedy des frühen 21. Jahrhunderts. Nicht zuletzt deshalb unterstützen ihn so viele ehemaliger Mitarbeiter der Kennedy-Brüder und die Überlebenden der Familie. Bei der Beerdigung von Coretta Scott King im Frühjahr 2006 nahm ihn Ethel Kennedy, die Witwe Robert Kennedys, zur Seite und sagte ihm, »the torch is passed to you«. Eine Geschichte, die der Präsident gerne erzählt. Die Einheit von Person und Politik ermöglicht Obama die Mobilisierung seiner Anhänger und sicherte ihm solchermaßen den Wahlsieg.

Die spezifischen Bedingungen der USA am Ende der Bush-Jahre, das Verständnis der Amerikaner vom Amt des Präsidenten und die Person Barack Obama machten den erst zwei Jahre amtierenden Senator zum Präsidenten. Diese Ausgangslage ist mit keinem europäischen politischen System zu vergleichen. Es ist daher schwierig, von Obama zu lernen. Selbst im technischen Sinne (Nutzung der neuen sozialen Medien) unterscheiden sich die USA und Europa noch beträchtlich, obwohl hier die Unterschiede Jahr um Jahr geringer werden. Eine Anlehnung an das amerikanische Vorbild wie zu Beginn der 60er Jahre wird nicht möglich sein, aber das Studium der Person und Politik Obamas lohnt allemal. Ein besseres Verständnis der amerikanischen Politik ist immer von Vorteil.